

Antrag Nr. 0052/2006/AN
Antragssteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 11.10.2006

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat II, Verkehrsreferat

**Konsequenzen einer Herstellung des
Unteren St. Nikolausweges für den
motorisierten Individualverkehr**

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	24.10.2006	N		
Haupt- und Finanzausschuss	25.10.2006	N		
Gemeinderat	08.11.2006	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag: 0052/2006/AN

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

Oberbürgermeisterin
der Stadt Heidelberg
Frau Beate Weber
- Rathaus -

69117 Heidelberg

01/OB-Referat SD			
11. OKT. 2006			
Braun	GR	BB	Proto

Werner Brants
Karl Emer
Thomas Krczal
Reiner Nimis
Margrit Nissen
Roger Schladitz
Dr. Anke Schuster
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de

Datum:

10.10.2006

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Konsequenzen einer Herstellung des Unteren St. Nikolausweges für den motorisierten Individualverkehr

- Bericht der Verwaltung
- Diskussion und Aussprache

Begründung:

Über 20 Jahre war der Waldweg „provisorisch“ für den MIV frei gegeben. Anfangs wurde die Freigabe mit dem mangelhaften Zustand der Schlierbacher Landstraße begründet, später mit der Aussicht auf den Bau der Nordostumfahrung Leimen. Die verkehrsrechtliche Entscheidung von 1985(?) - aus der Sicht der SPD-Fraktion von Anbeginn an fragwürdig - war ein Entgegenkommen gegenüber den auf das Auto angewiesenen BewohnerInnen unserer südöstlichen Nachbargemeinden.

Nunmehr sind beide vorgenannten Straßenbaumaßnahmen verwirklicht – letztere seit Sept. 2005. Die Entscheidung der Oberbürgermeisterin den Unteren Nikolausweg zu sperren, war also längst überfällig.

Wenn nun aus verschiedenen Richtungen die Entscheidung kritisiert wird, nehmen wir solche Äußerungen wie auch den CDU-Antrag vom 21.07.2006 (TOP 24, GR 12.10.2006) zum Anlass und bitten folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Was würde der Ausbau des Waldweges zu einer Gemeindeverbindungsstraße kosten?
- 2) Wer hätte die Baulast zu tragen?
- 3) Was kann mit den von der CDU beantragten 80.000 € erreicht werden?

- 4) Welche Auswirkungen hätte der Ausbau auf die Naherholungsfunktion des Heidelberger Stadtwaldes und die forstwirtschaftlichen Belange (fsc-Gütesiegel)?
- 5) Insbesondere aus der Nachbargemeinde Gaiberg sind die Proteste gegen die Sperrung zahlreich: Gibt es Gespräche mit der Gemeinde Gaiberg über deren Lösungsvorschläge?
- 6) Gibt es Wegebeziehungen mit anderen Nachbargemeinden mit vergleichbaren Konflikten und Lösungen?
- 7) Es ist von Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Straße die Rede. Wenn dies zutrifft: Nach welchen Kriterien werden welchem Personenkreis solche Genehmigungen erteilt?

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez.
SPD-Fraktion